

enthalten. Dies gilt auch für die Berechnungen zum Versorgungsniveau im Alter für den Rentenzugang aus GRV-Rente und geförderter zusätzlicher Altersvorsorge (Riester-Rente). Dabei wird ein Altersvorsorgeaufwand von 4 Prozent angesetzt, die Verzinsung der Riester-Rente mit 4 Prozent per anno berechnet und Verwaltungskosten in Höhe von 10 Prozent angenommen.

39. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beteiligt sich die Bundesregierung an der Pilotphase der Europäischen Kommission zur Einführung einer European Disability Card, die allen Europäerinnen und Europäern mit Behinderungen die Wahrnehmung ihres Rechts auf Freizügigkeit erleichtern soll, indem ihnen der gleiche Zugang zu Leistungen offen steht wie Bürgerinnen und Bürgern des EU-Mitgliedstaates, in welchem sie sich bewegen, und wenn ja, in welcher Form?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Gabriele Lösekrug-Möller
vom 23. November 2015**

Bereits Mitte der 80er Jahre gab es Aktivitäten der Europäischen Kommission, einen europäischen Ausweis für Menschen mit Behinderungen einzuführen. Mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe wurde das Projekt von der Europäischen Kommission im Jahre 2013 erneut aufgegriffen. Der Einführung eines europäischen Behindertenausweises steht die Bundesregierung von Anfang an aufgeschlossen gegenüber; sie hat sich an den aktuellen Gesprächen, zu denen die Europäische Kommission hierzu eingeladen hat, aktiv beteiligt. Bisher gab es nur eine Aufforderung der Europäischen Kommission zur Einreichung von Projektvorschlägen, mit denen die Einführung eines europäischen Behindertenausweises unterstützt werden soll. Bis zum 30. September 2015 konnten Projektvorschläge eingereicht werden. Daran beteiligte sich die Bundesregierung nicht. Denn nach wie vor ist ungeklärt, welche substanziellen Vorteile für Menschen mit Behinderungen mit einem solchen europäischen Ausweis verbunden sein sollen. Sollte sich im Ergebnis des Pilotprojektes abzeichnen, dass der europäische Ausweis klare Vorteile erbringt, wird sich die Bundesregierung in der weiteren Umsetzung aktiv einbringen.